



SIEGFRIED LEHMANN - HANS-PETER STORZ
Mitglieder des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

Siegfried Lehmann MdL
Jahnstr. 7
78315 Radolfzell
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de

Hans-Peter Storz MdL
Ekkehardstraße 78
78224 Singen
Telefon: 07731 - 747168
Telefax: 07731 - 747170
info@hans-peter-storz.de

Konstanz, 17.12.2014

Pressemitteilung: Landtagsabgeordnete Lehmann und Storz setzen sich gegen Kiesabbau im Gewann Dellenhau ein

In einem gemeinsamen Schreiben an die Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer fordern die Landtagsabgeordneten Lehmann (Grüne) und Storz (SPD) das Regierungspräsidium Freiburg auf, das Sicherungsgebiet Dellenhau auch künftig nicht als Abbaugbiet auszuweisen. „Das geplante Kiesabbaugebiet liegt im Landschaftsschutzgebiet Hegau, in einem Wasserschutzgebiet und in Sichtweite zum Hohentwiel“, begründen die Abgeordneten ihre ablehnende Haltung. Zudem sehen sie die Kiesabbaupotenziale der Region in vorhandenen Abbaugebieten noch nicht ausgeschöpft.

Ein Kiesabbauunternehmen plant derzeit im Gewann Dellenhau auf Hilzinger Gemarkung ein weiteres Kiesabbaugebiet. Aufgrund der Tatsache, dass das Gebiet im Landschaftsschutzgebiet und in einem Wasserschutzgebiet liegt, haben die Gemeinden Singen, Gottmadingen und Rielasingen-Worblingen bereits starke Bedenken gegen das Vorhaben angemeldet. Starke Unterstützung erhalten die Gemeinden durch die regionalen Abgeordneten Lehmann (Grüne) und Storz (SPD). „In unserer Region bestehen noch ungenutzte Abbaupotenziale in ausgewiesenen Vorranggebieten, es gibt daher keinen Grund, in einem lediglich als Sicherungsgebiet vorgesehenen Gebiet ein weiteres Abbaugbiet zu eröffnen“, begründet Hans-Peter Storz die Haltung der Abgeordneten.

„Es ist zu erwarten, dass der dort gewonnene Kies in großem Umfang in die Schweiz exportiert werden wird, da die dortigen Abbauvorgaben sehr restriktiv sind und zudem der Kiespreis in der deutschen Grenzregion für die Schweiz extrem günstig ist“, so Lehmann. „Im Teilregionalplan Oberflächennahe Rohstoffe des Regionalverbands Hochrhein-Bodensee ist ausdrücklich festgehalten, dass die Abbaumenge dem regionalen Bedarf entsprechen sollte!“

Die beiden Abgeordneten haben sich daher in einem gemeinsamen Schreiben an die Regierungspräsidentin Schäfer gewandt und dafür geworben, diese negativen Kriterien im Falle eines Raumordnungsverfahrens durch das Regierungspräsidium zu berücksichtigen.

„Der Teilregionalplan des Regionalverbands schließt ein derartiges Abbauvorhaben zum jetzigen Zeitpunkt eindeutig aus. Aus unserer Sicht spricht nichts dafür, diese Vorgabe durch ein Verfahren des Regierungspräsidiums aufzuweichen!“, erläutern die Abgeordneten Storz und Lehmann abschließend.